

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang SOBOTKA
 Parlament
 1017 Wien

21. Jänner 2019

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0141-I.5/2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen haben am 21. November 2018 unter der Zl. 2335/J-NR/2018 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Südsudan“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 13:

Die Europäische Kommission (EK) hat am 26. Oktober 2018 keinen neuen Vorschlag betreffend restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Südsudan vorgelegt. Mit Datum vom 26. Oktober 2018 wurde lediglich die Vertraulichkeitsstufe des „Gemeinsamen Vorschlags für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/735 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Südsudan“ vom 25. Juli 2018 (Dok. JOIN (2018) 22 final) durch Streichung des Verweises „LIMITED“ geändert und dieser neuerlich veröffentlicht (Dok. JOIN (2018) 22 final/2).

Das Sanktionsregime betreffend Südsudan wurde vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) etabliert. Alle VN-Mitgliedstaaten sind gemäß Art. 25 der VN-Satzung verpflichtet, die Sanktionsbeschlüsse des Sicherheitsrates umzusetzen. Die Umsetzung in der EU erfolgte durch Ratsbeschluss (GASP) 2015/740 idgF und Verordnung 2017/753 idgF. Die restriktiven Maßnahmen umfassen ein Waffenembargo (sh. Art. 1 des RB) sowie ein Einreiseverbot (sh. Art. 3 des RB) und Finanzsanktionen gegen die in den Anhängen I (VN-Listung) und II (EU-Listung) genannten Personen (sh. Art. 5 der VO).

Mit Resolution 2428 (2018) vom 13. Juli 2018 verlängerte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Sanktionsregime betreffend Südsudan bis 31. Mai 2019 und beschloss einige kleinere Änderungen. Zwecks Umsetzung dieser Änderungen wurde von der EK am 25. Juli 2018 der o.a. Gemeinsame Vorschlag vorgelegt. Der Vorschlag wurde am 10. August 2018 vom Rat im schriftlichen Verfahren angenommen und steht seit 14. August 2018 als „Verordnung (EU) 2018/1116 des Rates vom 10. August 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/735 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Südsudan“ in Kraft (sh. OJ L 204, 13.8.2018, S. 6-8). Die Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich, gilt unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat und hat Anwendungsvorrang vor nationalem Recht.

Dr. Karin Kneissl

